

MARIASTEIN *Wochenblatt, 18.9.14*

In den sauren Apfel beissen



Das Heft in den Händen behalten: Roland Heim (I.) will die Pensionskasse nicht nach Bundesrecht sanieren.

FOTO: GINI MINONZIO

gin. «Das ist ein Jahrtausendwerk!», rief Regierungsrat Roland Heim der Parteiversammlung CVP Dorneck-Thierstein letzte Woche zu. Er meinte damit die Sanierung der kantonalen Pensionskasse, der satte 1,1 Milliarden fehlen. Zum Vergleich: Der Voranschlag 2014 des Kantons Solothurn sieht einen totalen Aufwand von zwei Milliarden vor.

Neu schreibt ein Bundesgesetz vor, dass diese Deckungslücke geschlossen werden muss. Wie das geschehen soll, ist noch offen. Entweder entscheiden sich die Solothurner Stimmberechtigten am 28. September, einen der beiden Vorschläge des Kantonsrates anzunehmen. Dann haben die Steuerzahler, die Rentner und die Arbeitnehmenden 40 Jahre Zeit, um diese Deckungslücke zu schliessen. Oder die Stimmberechtigten lehnen beide Vorschläge ab. «Dann kommt automatisch die Sanierung nach Bundesrecht zum Zuge», erklärte Heim. Und die werde hart, sehr hart sein. Denn die Sanierung müsse innerhalb von zehn Jahren geschehen. «Das wird ohne Steuererhöhung nicht möglich sein», prophezeite Heim. Die Sanierung nach Bundesrecht wäre für den Kanton eine Katastrophe. Heim appellierte daher dringend an alle 24 Anwesenden, keine der beiden Varianten in der Stimmvorlage abzulehnen. Gegebenenfalls könne man sich bei einer der Varianten der Stimme enthalten.

Beitrag der Gemeinden

Nach Heims Einschätzung müssen weder die Gemeinden noch der Kanton die Steuern erhöhen, wenn eine der beiden vorgeschlagenen Varianten angenom-

men wird. Bei der Variante 1 müssten die Gemeinden für die nächsten 40 Jahre einen jährlichen Beitrag von 3,1 Millionen leisten, der Kanton von 11,1 Millionen und Arbeitnehmende und Rentner von 33,3 Millionen. Der Beitrag der Gemeinden entspräche laut Heim maximal 1,5 Steuerprozenten. Beinwil beispielsweise müsste jährlich 6000 Franken bezahlen, Breitenbach 71 000 Franken, Erschwil 18 000 Franken, Hofstetten-Flüh 61 000 Franken, Nuglar-St. Pantaleon 29 000 Franken und Rodersdorf 26 000 Franken. Die vollständige Liste findet sich im Netz.

Gemeinden müssen so oder so sparen

Bei der Variante 2 würde der Kanton den Anteil der Gemeinden übernehmen. Finanzieren würde das der Kanton, indem er die freiwilligen Leistungen wie den Beitrag an die Ergänzungsleistungen kürzen würde, so Heim. Die Gemeinden müssten also auch bei der Variante 2 etliche Einsparungen vornehmen.

Susanne Koch, CVP-Kantonsrätin und Erschwiler Gemeindepräsidentin, favorisiert klar Variante 2. Damit entfällt der administrative Aufwand für die Gemeinde. Allerdings sieht sie die Lage nicht so optimistisch wie Heim. Der Handlungsspielraum der Gemeinde sei eh schon recht klein und er werde mit der Sanierung der Pensionskasse zusätzlich eingeschränkt, so Koch.

Der Anhang I, Übernahme des versicherungstechnischen Fehlbetrages durch die Einwohnergemeinden, finden Sie auf: www.so.ch/staatskanzlei/volksrechte/wahlenabstimmungen